



Am 03.02.2020 haben wir auf einer Fachtagung Spielräume der Hamburger Flüchtlingspolitik ausgelotet. Die folgenden Forderungen wurden dabei aufgestellt:

Ankommen

Menschen mit Fluchterfahrung brauchen besondere Unterstützung beim Ankommen, keine monatelange Wartezeit in Hallen am Stadtrand mit unklarer Perspektive. Sie benötigen Zeit und unabhängige Beratung statt Rückkehrdruck.

- Wir fordern eine Umstrukturierung des Ankunftszentrums in Rahlstedt und die Reduzierung der Wohnpflicht dort auf wenige Tage (wie bis Oktober 2018)
- Wir fordern eine angemessene Ankommens- und Orientierungsphase von drei Wochen vor Beginn des Asylverfahrens.
- Wir fordern eine frühzeitige und systematische Erkennung besonderer Schutzbedarfe vulnerabler Personen, z. B. traumatisierter Menschen oder Opfer von Folter und sexualisierter Gewalt sowie deren Berücksichtigung bei Unterbringung, sozialer Betreuung und Verfahrensgestaltung.
- Wir fordern eine Rechtsberatung vor Ort durch Wohlfahrtsverbände und unabhängige Einrichtungen (nicht durch das BAMF) im Sinne des § 12a Satz 4 AsylG.
- Wir fordern, die Halle drei zu schließen („Dublin-Halle“)
- Wir fordern, aktuell geschlossene Erstaufnahmeeinrichtungen wieder zu öffnen, um Menschen menschenwürdig unterbringen zu können (z.B. an der Schmiedekoppel)
- Wir fordern, das Ankunftszentrum Rahlstedt neu zu denken und auf die Bedürfnisse der Betroffenen auszulegen anstatt auf Behördenbedürfnisse
- Keine administrative „Abarbeitung“ des Flüchtlingsthemas, sondern ein politisches Gespräch darüber, welche Hamburger Flüchtlingspolitik wir eigentlich wollen
- Im Ankunftszentrum muss es ausgebildete Kinderschutzkräfte geben
- Das Ankunftszentrum muss entsprechend der Vorschriften zum Kindeswohl gestaltet werden. Kinder und ihre Eltern dürfen nicht im Ankunftszentrum untergebracht werden.
- Nächtliche Abschiebungen müssen sofort aufhören
- Aus der Perspektive von Familien: Abreißen und neu bauen!
- Das „Recht auf Rehabilitation nach Krieg“ muss umgesetzt werden
- Menschenwürde und Kindeswohl müssen wieder gelebt werden!
- Die Politik muss sich mit der Kindeswohlgefährdung im Ankunftszentrum auseinandersetzen.
- Anerkennung, dass der Schutz des Kindeswohls für alle Kinder gültig ist.
- Wir fordern sichere Zugangswege
- Wir fordern, Menschen nicht ertrinken zu lassen, sie nicht in erbärmlichen Lagern sitzen zu lassen
- Wir fordern, dass kommunale Akteure vor Ort gestärkt werden und Bündnisse vor Ort aufgebaut werden müssen. Den Austausch mit anderen Städten in der EU suchen und Good-Practice-Beispiele hervorheben und für Hamburg vorschlagen
- Wir fordern, dass EU-Mittel für Flüchtlinge auch an NGO's direkt vergeben werden und nicht nur an die Staaten - die diese Mittel dann nicht abrufen und sich nicht für eine Verbesserung der Situation einsetzen (wie z.B. Ungarn).
- Konzentration der Energie darauf, wie individuelle Asylverfahren unter Einhaltung rechtsstaatlicher Standards in der EU und Deutschland verwirklicht werden können



- Wir fordern, dass sich Hamburg auf kommunaler Ebene stärker einsetzt, ein „sicherer Hafen“ zu sein.
- Wir fordern, dass die Stadt Hamburg eine aktivere Rolle im Schutz von Flüchtlingen einnimmt und sich gegen Bundespolitik durchsetzt, z.B. bei der Aufnahme von geflüchteten Kindern aus Lagern in Griechenland. Hamburg hat als Land hierzu die Kompetenz nach § 23 Abs. 1 AufenthG.

Aufenthalt

Integration im Sinne von Partizipation muss für alle möglichst frühzeitig einsetzen: Menschen, die in Hamburg ankommen, brauchen gleichberechtigten Zugang zu Wohnungen, Arbeit, Sprachkenntnissen sowie zu sozialen und kulturellen Angeboten.

- Wir fordern, die Zugangssperren zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt möglichst abzubauen (Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende und Geduldete so früh wie möglich; Ermessensspielräume – auch bei der geplanten Beschäftigungsduldung – nutzen; „3+2“ Regelung weiterhin großzügig umsetzen).
- Wir brauchen (mehr) Kompetenzfeststellung, nicht allein die oft allzu bürokratische Anerkennung formaler Qualifikationen/Gleichwertigkeit. (Die Handelskammer hatte ein Projekt im Bereich Hotel/Gastronomie, das sich darauf konzentrierte. In Rahlstedt im Ankunftscenter werden Arbeitsmarktperspektiven angesprochen durch die Beratung von W.I.R., aber dann in den ÖRUs oft nicht weiterverfolgt.) Es sollte Möglichkeiten der Qualifizierung geben, die eine Aufenthaltssicherung beinhalten. Kann es in der Berufsschule Unterstützung geben für Geflüchtete, deren Schulbildung nicht ausreicht?
- Junge Leute kommen ab 18 nicht mehr in die Schule rein. Warum muss HH da so strikt sein? Lockern!
- Wir bräuchten ein „Landesprogramm Qualifizierung“ (analog der Sprachkurse, die Hamburg finanziert und der Bund nicht)
- Hamburg braucht eine stabile Förderung von integrationsunterstützenden Maßnahmen und die Verstetigung von guten Projekten, statt immer wieder in befristete Einzelmaßnahmen zu investieren.
- Es sollten mehr Möglichkeiten zum integrativen Lernen der Sprache am Arbeitsplatz geschaffen werden.
- Es braucht mehr unentgeltliche statusunabhängige Sprachkurse.
- Mehrsprachigkeit von Geflüchteten/Migranten wird nicht genug erfasst/anerkannt und als Qualifikation gewertet!
- Es braucht mehr Monitoring/Evaluation, wie viele Angebote zur Arbeitsmarktintegration angenommen werden.
- Wir fordern transparente Verfahren für die Verteilung auf UPWs (Unterkünfte mit der Perspektive Wohnen) und Wohnunterkünfte.
- Wir fordern die gezielte Förderung von aufsuchender Lebenslagen- und Sozialberatung in den Erstaufnahmen durch freie Träger, auch für Menschen mit vermutet schlechter Bleibeperspektive, um z.B. humanitäre Aufenthaltsgründe besser geltend zu machen.
- Wir fordern einen besseren Zugang zu langfristig angelegten psychiatrischen und psychologischen Therapien auch für Menschen mit Duldung.
- Für Behördenkontakte sollte grundsätzlich auch für Geflüchtete eine Terminvergabe über das Internet möglich sein.



Abschiebung

Im Bereich der Abschiebung werden Gesetze und Praxis zunehmend restriktiver. Mehr Menschen werden in Abschiebungshaft genommen oder bei Terminen in der Ausländerbehörde festgenommen und abgeschoben. Immer häufiger sind kranke Menschen, Familien und andere Personen mit besonderem Schutzbedarf Opfer dieser neuen Politik der Härte.

- Behörden sollten bevorzugt und systematisch Bleiberechtsregelungen prüfen (z.B. §25a,b AufenthG)
- In der politischen Debatte muss differenzierter mit Abschiebungszahlen operiert werden.
- Die Datengrundlage (AZR) muss geprüft, bereinigt und transparent gemacht und Versäumnisse müssen erklärt werden (Flughafenverfahren).
- Reisefähigkeitsuntersuchung sollte, wenn unvermeidbar von unabhängigen Fachärzt*innen durchgeführt werden
- Wir fordern, dass kranke Menschen nicht abgeschoben und Familien nicht getrennt werden.
- Keine Abschiebungen mit Ambulanzflugzeugen
- Wir lehnen insbesondere Abschiebungen in Gebiete ab, in denen Bürgerkrieg oder Terror herrschen (etwa Afghanistan und Somalia).
- Wir fordern, von nächtlichen Abholungen und dem Betreten von Wohnungen ohne richterliche Anordnung generell abzusehen.
- Wir fordern, dass bei Anzeichen krankheitsbedingter Reiseunfähigkeit eine ärztliche Begutachtung der einschlägigen Fachrichtung erfolgen muss und diese berücksichtigt wird.
- Wir fordern eine unabhängige Rechtsberatung in der Hafteinrichtung.
- Wir fordern den generellen Verzicht auf Abschiebungshaft, insbesondere für Familien mit Kindern, für unbegleitete Minderjährige und für Traumatisierte.
- Wir fordern die Fortführung und Ausweitung der Abschiebungsbeobachtung auf den Bereich der Abholung und Zuführung, Einführung eines Rechts auf unabhängige Beobachtung von 10 Einzelfällen pro Jahr als Stichproben bereits ab dem Eintreten der Ausreisepflicht. Von der Organisation der Abschiebung bis zur Einreise in das Zielland, um den Gesamtverlauf einer Maßnahme tatsächlich nachvollziehen zu können.
- Politisch Verantwortliche sollten sich mit dem hoch komplexen Abschiebungsprozess ernsthaft beschäftigen und sich diesen ansehen, um zu begreifen, was das heißt! Weitere Transparenz und Sichtbarmachung der gewaltsamen Praxis.

Unterzeichner*innen:

Aidshilfe Hamburg, Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V., Arbeitsstelle Weitblick, Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen, Caritas Landesstelle Hamburg, Diakonisches Werk Hamburg, Fachstelle Migration und Asyl des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost, fluchtpunkt – Kirchliche Hilfsstelle, Flüchtlingsbeauftragte des Kirchenkreises Hamburg West/Südholstein, Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Stadtteildiakonie Bahrenfeld, Diakonisches Werk Hamburg-West/Südholstein, Willkommenskulturhaus, „Wir für Niendorf/Begegnungszentrum ALTE SCHULE“, Zentrum für Mission und Ökumene - Nordkirche weltweit, Islamisches Zentrum Al-Nour e.V., Ev.-Luth. Kita-Werk Hamburg-West/Südholstein, Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband Hamburg, Integrationspunkt Hamburg IPV gUG, Verlag Assoziation A, Das Gängeviertel, Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein, Refugee Law Clinic Hamburg,